AUSGABE **RUPPICHTEROTH**

klartext

ZEITUNG DER SPD IM RHEIN-SIEG-KREIS

26. Mai SPD wählen!

RHEIN SIEG SPD

Mai 2016

TEUER UND UNNÖTIG

CDU und Linkspartei beschließen Planung für teuren Radweg

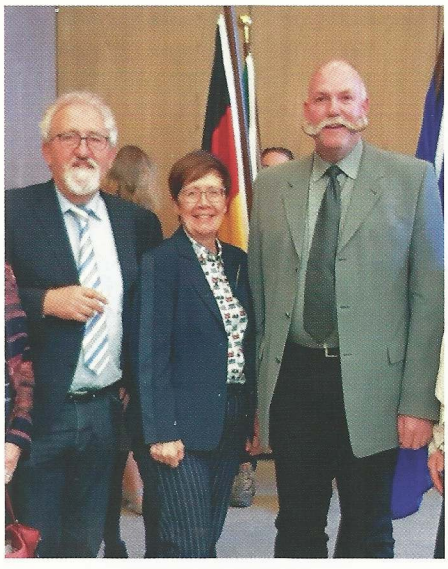
>>> In der letzten Sitzung des Planungsausschusses beschlossen CDU und Linke, die Planung für einen Radweg von der Rosenharth zum Heider Steeg weiter zu führen. SPD und FDP beklagten dagegen die hohen Kosten (ca. 600.000 €) und den geringen Nutzen des Radweges, der zum großen Teil parallel zum bestehenden Radweg an der Brölstraße verläuft.

Ralf Voigt, Ortsvereinsvorsitzender der SPD Ruppichteroth: „Die SPD favorisiert, den Radweg erst gegenüber der Einmündung Burgstraße (Apotheke) auf den Heiderweg zu verschwenken und anschließend weiter im Bereich der Bröl, in Richtung Eitorfer Straße, zu planen. Diese Variante ist wesentlich kostengünstiger und ortsfremde Radfahrer werden in den Ortskern geführt! Die Vorstellungen von CDU und Linkspartei sind nicht finanzierbar, da 30 % der Kosten von der Gemeinde getragen werden müssten. Das Geld könnte besser für die Sanierung der Gemeindestraßen eingesetzt werden; dann hätten auch alle Ortsteile etwas davon!“

CLAUS MÜLLER IM KREISTAG

>>> Claus Müller (1.v.r.) aus Ruppichteroth ist in den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises nachgerückt. Dort ist er nun stellvertretender Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion im Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz, der sich u.a. mit der Planung der Rettungswache in Schönenberg befasst.

Zudem ist Müller Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft sowie des Wahlausschusses.



INHALT DIESER AUSGABE

Die Ideen der SPD für ein **sozialeres Europa** *Seite 2*

SPD-Kreistagsfraktion diskutierte über **Gesundheit** im ländlichen Raum *Seite 3*

SPD Ruppichteroth feierte **100-jähriges Jubiläum** *Seite 4*

Aktuelles aus dem Gemeinderat *Seite 4*

MITEINANDER

#EUROPAISTDIEANTWORT

26. Mai SPD wählen!

>>> Die europäische Union ist der bedeutendste politische Fortschritt des vergangenen Jahrhundert: Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, Zusammenarbeit und politische Partnerschaft über nationale Grenzen hinweg. Europa ist die Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Doch der europäische Gedanke wird durch Rechtspopulismus und Nationalismus bedroht. Bei der Europawahl am 26. Mai geht es darum, die Europäische Union zu verteidigen, indem wir sie sozialer und demokratischer machen.

Unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley

„Hast Du einen Opa, schick' ihn nach Europa" - dieser Spruch hat längst ausgedient! Mit Justizministerin Katarina Barley hat die SPD eine erfahrene Ministerin als Spitzenkandidatin für die Europawahl nominiert und unterstreicht so die Bedeutung der Wahl am 26. Mai. Barley ist Europäerin durch und durch und besitzt einen deutschen und einen britischen Pass. Europa hat keinen Mangel an Widersachern – aber viel mehr Menschen in Europa wollen ein starkes Europa. Für diese Menschen will Katarina Barley eine starke Stimme sein.

Gemeinsam mehr erreichen

Unsere Antwort auf „America First" ist „Europe United". Europa muss international mit einer starken Stimme sprechen, um unsere Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit effektiv zu vertreten. Kein Mitgliedsstaat alleine hat das nötige Gewicht. Eine Zusammenarbeit ist angesichts der Aufkündigung von Abrüstungsabkommen nötiger denn je. Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur gemeinsam lösen. Wir brauchen einen verbindlichen EU-weiten Klimaschutz, eine effektive Bekämpfung von Plastikmüll, mehr Verbraucherschutz und IT-Sicherheit sowie eine gemeinsame, menschliche Migrationspolitik.

Europa der sozialen Sicherheit

Wir wollen ein Europa der sozialen Sicherheit und eine Angleichung der Lebensbedingungen in der EU. Das ist Friedenssicherung nach innen. Europaweite, länderspezifische Mindestlöhne sollen für eine faire Entlohnung sorgen. In Deutschland bedeutet dies einen höheren Mindestlohn von zwölf Euro. Um Europa zu einer echten Sozialunion zu machen, setzen wir uns für gemeinsame Standards der Sozialsysteme ein. Mit einem Fonds zur Rückversicherung wollen wir Länder in Krisensituationen unterstützen, damit nicht bei den Schwächsten gekürzt wird. Die Jugendarbeitslosigkeit werden wir entschlossen bekämpfen.

Kampf für Steuergerechtigkeit

Großkonzerne und Internet-Giganten wie Google oder Facebook machen Milliardengewinne, zahlen aber kaum Steuern. Um Steuerdumping zu Lasten der Allgemeinheit zu bekämpfen, wollen wir Mindeststeuersätze für Unternehmen in der EU festsetzen und eine Digitalsteuer einführen. So sollen alle ihren fairen Beitrag leisten. Eine neue Finanztransaktionssteuer soll mehr Investitionen z. B. in strukturschwache Regionen, Forschung und Infrastruktur ermöglichen.

Austausch fördern

Europa muss erlebbar sein. Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Deshalb wollen wir den europäischen Austausch stärker fördern. Alle Europäerinnen und Europäer unter 25 Jahren sollen entsprechende Angebote wahrnehmen können.

Darum am 26. Mai:
Europa stärken, SPD wählen.

KEIN DEMOKRATIEABBAU IN NRW!

>>> „Unsere Resolution im Kreistag ist erfolgreich auf den Weg gebracht. Die Stichwahl bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen in NRW muss erhalten bleiben", so Dietmar Tendler, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. „Es ist wichtig, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte von einer wirklichen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler getragen werden."

Gegen die Stimmen der CDU konnte sich die SPD mit ihrer Resolution im Kreistag durchsetzen. „Mit weniger Demokratie will sich die schwarz-gelbe Koalition in NRW mehr Macht in den Rathäusern sichern. Das ist ein Angriff auf unsere gelebte Demokratie. Die deutschlandweit einmalige Abschaffung der Stichwahl wird zu einer geringeren Auswahlmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger führen", erläutert

„CDU-Trickserei am Wahlrecht"

Ute Krupp, Fraktionsgeschäftsführerin. Die CDU erhoffe sich so, mehr Rathäuser zu gewinnen bzw. zu halten.

CDU und FDP hatten die Stichwahlen schon 2007 abgeschafft. Die rot-grüne Landesregierung führte sie 2011 wieder ein. Hintergrund war, dass bei der Kommunalwahl 2009 in einigen Kommunen Kandidaten gewannen, die weniger als ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinen konnten. Bei einer Stichwahl treten in einem zweiten Wahlgang die beiden bestplatzierten Bewerber an. So erhält der gewählte Amtsträger eine höhere Legitimation durch die Wählerinnen und Wähler.

Im Landtag stimmten CDU und FDP im April dennoch für die Abschaffung der Stichwahlen. Die SPD in NRW wird nun gegen diese CDU-Trickserei am Wahlrecht Klage einreichen.

EINKLANG ZWISCHEN GESUNDHEIT UND LEBENSQUALITÄT

Gesundheitsversorgung im ländlichen Rhein-Sieg-Kreis

>>> „Die Idylle des Landarztes im Fernsehen hat wenig mit dem Alltag eines Landarztes im Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam", so begann Dietmar Tendler seine Begrüßungsrede anlässlich einer Podiumsdiskussion der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema Gesundheitsversorgung und Lebensqualität im ländlichen Raum.

Nach einem Impulsvortrag von Dr. Alexander Wilhelm, Staatssekretär aus dem rheinland-pfälzischen Sozial- und Gesundheitsministerium, diskutierten Experten aus dem Rhein-Sieg-Kreis mit ihm über Möglichkeiten, wie z. B. dem Ärzte- und Pflegekräftemangel begegnet werden könne, der angesichts des demografischen Wandels immer gravierender wird. Interessant war die von Hermann Allroggen (Kivi e.V.) erwähnte Studie zwischen dem Zusammenhang von Einsamkeit und steigender Pflegebedürftigkeit im Alter. Der Verein Kivi e.V. versucht, präventiv Pflegebedürftigkeit zu vermeiden und vermittelt Ehrenamtliche, die ältere, alleinstehende Menschen unterstützen und aus der Einsamkeit holen. Ein anderer Ansatz ist das in Rheinland-Pfalz praktizierte Modell „Gemeindeschwestern plus", das Dr. Wilhelm vorstellte. Diese Gemeindeschwestern leisten ebenfalls eine präventive Arbeit, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Außerdem können sie Ärzte bei vielen Aufgaben entlasten. Diese Entlastung ist dringend notwendig, so Dr. Klaus Rösing vom Ärztenetzwerk aus Eitorf. Er bilde seit Jahren angehende Hausärzte aus, finde aber seit zwei Jahren keine Bewerber mehr. Die Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid, Nicole Sander, berichtete beispielhaft, was Kommunen und der Kreis konkret tun können, um mehr Anreize für junge Ärztinnen und Ärzte zu schaffen, damit sie sich auf dem Land niederlassen, etwa über Zuschüsse für Praxisübernahmen.

FERIENBETREUUNG AN DEN FÖRDERSCHULEN

„Endlich! Der erste Schritt für eine Ferienbetreuung an den Förderschulen ist getan", so die Vorsitzende des Kreis-Schulausschusses Veronika Herchenbach-Herweg. Seit geraumer Zeit steht die Sozialdemokratin in Kontakt mit Eltern, die auch für ihre Kinder eine Ferienbetreuung einfordern. Der Schulausschuss beauftragte die Verwaltung nun einstimmig, ein Ferienbetreuungs-Pilotprojekt für die Sommerferien 2019 vorzubereiten. An vielen Regelschulen ist eine Ferienbetreuung für Kinder, die eine Offene Ganztagsschule besuchen, selbstverständlich. Denn, wer hat schon drei Monate Urlaub im Jahr?

Mit dem Pilotprojekt sollen Erfahrungen gesammelt werden. Die Förderschulen haben einen großen Einzugsbereich. Das Problem der Schülerbeförderung ist daher ebenso zu lösen, wie das einer adäquaten Betreuung durch Fachpersonal. „Jetzt sind wir auch im Förderschulbereich auf dem Weg, die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf umzusetzen", so Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.

100 JAHRE SPD IN RUPPICHTEROTH

SPD hatte zum Jubiläumsempfang mit SPD-Landesvorsitzendem eingeladen

>>> Die SPD Ruppichteroth hatte zur Jubiläumsfeier anlässlich des 100-jährigen Bestehens in die Aula der Sekundarschule Ruppichteroth geladen. 1919 wurde die erste Ortsgrupppe der SPD im Gemeindegebiet gegründet. Zahlreiche Gäste folgten der Einladung. So durfte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Ralf Voigt den Landesvorsitzenden der NRWSPD und Bundestagsabgeordneten, Sebastian Hartmann, den stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Denis Waldästl, sowie den Bürgermeister der Gemeinde Ruppichteroth, Mario Loskill, begrüßen. Weitere Ehrengäste waren die ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Ingrid Matthäus-Maier und Uwe Göllner sowie Altbürgermeister Dieter Theuer - bisher der einzige sozialdemokratische Bürgermeister der Gemeinde Ruppichteroth.

Ebenso waren zahlreiche Vertreter aller Parteien aus der Gemeinde Ruppichteroth, den umliegenden Kommunen und dem Kreistag unter den Gästen. Nach den obligatorischen Grußworten und Reden stellte der bekannte Kabarettist Christoph Brüske mit seinem politischen Kabarett sein Können unter Beweis und sorgte für beste Unterhaltung. Anschließend wurden verdiente SPD-Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft ausgezeichnet. Auf dem Foto: Ralf Voigt, Richard Rohs (25 Jahre Mitglied), Shanmugarajah Senthan (10), Erika Marx (25), Heinz Dieter Keuenhof (25), Friedhelm Kaiser (40), Renate Ahlwardt in Vertretung für Klaus Ahlwardt (50), Heinz Gürtler (70) und Sebastian Hartmann. Allen Gästen wird dieser gelungene Abend sicher in guter Erinnerung bleiben.

AKTUELLES AUS DEM GEMEINDERAT

Resolutionen gegen Straßenausbaubeiträge und für die Stichwahl abgelehnt

>>> Da die schwarz-gelbe Landesregierung die Stichwahlen bei der Landrats- und Bürgermeisterwahl in NRW abschaffen will, hat die SPD-Fraktion im Gemeinderat von Ruppichteroth eine Resolution für den Erhalt der Bürgermeister-Stichwahlen in NRW in den Rat eingebracht. Diese wurde von der Ratsmehrheit der CDU jedoch abgelehnt. Begründet wurde dies Einschränkung demokratischer Wahlmöglichkeiten mit angeblich zu hohen Kosten, die bei einem zweiten Wahlgang anfallen. Die Stichwahl hat sich als Instrument der Demokratie für die Wahl der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten jedoch bewährt. Diese führt zu einer höheren Legitimation für das höchste Amt in einer Gemeinde oder Stadt.

Die SPD Ruppichteroth beantragte im Gemeinderat ebenfalls eine Resolution, mit der der Gemeinderat Ruppichteroth die Landesregierung auffordern sollte, das Kommunalabgabengesetz so zu ändern, dass Grundstückseigentümer, soweit nicht das Baugesetzbuch anzuwenden ist, von den Anliegerbeiträgen befreit werden. Die Straßenausbaubeiträge sind erheblich in die Kritik geraten, da die finanzielle Belastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen können. Leider wurde auch dieser Antrag von der Ratsmehrheit abgelehnt. Im Landtag hat die SPD-Landtagsfraktion die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beantragt. Stattdessen soll das Land den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellen, weil schließlich alle von gut ausgebauten Straßen profitieren.

RHEIN SIEG SPD
www.spd-ruppichteroth.de
www.spd-rhein-sieg.de

Herausgeber: SPD-Kreisverband Rhein-Sieg | Günter Freitag (V.i.S.d.P.) | Frankfurter Str. 47 | 53840 Troisdorf | Seite 1 und 4 : SPD-Ortsverein Ruppichteroth | Ralf Voigt (V.i.S.d.P.R.).